

4. Das Bundesamt für Bildung und Wissenschaft steht in Kontakt mit der Erziehungsdirektion des Kantons Bern sowie der Stadt- und Universitätsbibliothek (Stub), um Lösungen zu prüfen, unter welchen Bedingungen allenfalls die Weiterführung der Sammlung ab 1994 gesichert werden kann.

93.1022

**Dringliche Einfache Anfrage de Dardel
Weitergabe der Hypothekarzinssenkungen
an die Mieter**

**Question ordinaire urgente de Dardel
Répercussion de la baisse
des taux hypothécaires sur les loyers**

Texte de la question ordinaire du 26 avril 1993

Une première baisse des intérêts hypothécaires a été décidée par la très grande majorité des banques cantonales (en principe de 7 pour cent à 6,5 pour cent), impliquant selon l'OBLF, une baisse des loyers de 3,85 pour cent.

En Suisse alémanique, des organisations immobilières importantes ont donné pour instructions aux bailleurs de répercuter sur les loyers cette baisse des intérêts hypothécaires. Mais il n'est pas certain que ces organisations soient largement suivies.

En Suisse romande, les milieux immobiliers se refusent manifestement à toute baisse des loyers.

Or, les loyers, dans notre pays, ont augmenté en quatre ans de plus 35 pour cent, essentiellement à cause de l'augmentation des intérêts hypothécaires.

Certes, les locataires sont en droit d'engager des procédures pour obliger les bailleurs à consentir des baisses de loyer, mais il s'agit là de démarches individuelles et longues, qui, même engagées en nombre important, pourraient bien ne pas aboutir à une baisse générale des loyers.

Le Conseil fédéral est-il disposé à prendre des mesures pour que la loi (CO) ou l'ordonnance (OBLF) soient très rapidement améliorées, afin d'obliger les bailleurs à répercuter sur les loyers la baisse des intérêts hypothécaires?

Réponse du Conseil fédéral du 1er juin 1993

Le Conseil fédéral est en principe favorable à une répercussion de la baisse des taux hypothécaires sur les loyers.

L'actuelle loi réprimant les abus fixe les limites à l'intérieur desquelles les loyers peuvent être augmentés ou abaissés. Pour déterminer les loyers, on se fonde non seulement sur les taux hypothécaires, mais également sur d'autres coûts ainsi que les conditions locales. Etant donné que les bailleurs ont utilisé inégalement par le passé la marge dont ils disposaient pour augmenter les loyers, l'obligation d'abaisser ceux-ci diffère également d'un cas à l'autre. Une réduction générale des loyers pénaliserait les bailleurs qui ont fait jusque-là preuve de retenue dans l'épuisement de la marge qu'ils avaient pour imposer une hausse des loyers.

Le Conseil fédéral a institué en mars 1992 une commission d'étude intitulée «Loyer libre», qui réexamine la législation actuelle concernant l'aménagement des loyers. Cette commission déposera son rapport à fin juin 1993. Sur la base des résultats de ses études, le Conseil fédéral décidera d'une révision éventuelle de la législation en vigueur. Il espère cependant que les bailleurs répercuteront d'eux-mêmes les baisses du taux des intérêts hypothécaires.

93.1024

**Dringliche Einfache Anfrage Rechsteiner
Militärische Kooperation mit Südafrika**

**Question ordinaire urgente Rechsteiner
Coopération militaire avec l'Afrique du Sud**

Wortlaut der Einfachen Anfrage vom 26. April 1993

Uno-Resolutionen, die auch für Nichtmitglieder bindend sind, verbieten die militärische Kooperation mit Südafrika. Trotzdem häufen sich Meldungen darüber, dass das Uno-Embargo durch die Schweiz wiederholt verletzt wurde – und auch in naher Zukunft von neuem gebrochen werden soll. Ich ersuche den Bundesrat deshalb dringlich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Am 4. März 1993 hat das Sanktionenkomitee des Uno-Sicherheitsrates bekanntlich zum zweiten Mal gegen den geplanten Export von 60 PC-7-Flugzeugen nach Südafrika protestiert – ein in der Geschichte dieses Gremiums bisher einmaliger Vorgang. Welche Haltung nimmt der Bundesrat in dieser Sache der Uno gegenüber heute ein? Ist er immer noch der Auffassung, dass das – auch für Nichtmitglieder bindend formulierte – Uno-Embargo die Schweiz nichts angehe? Ist er tatsächlich bereit, für die Rettung des umstrittenen Waffengeschäfts weitere Schritte der Uno (oder sogar Sanktionen) in Kauf zu nehmen? Und ist er immer noch der Auffassung, dass die ausserpolitischen Interessen der Schweiz als Voraussetzung der Anwendung von Artikel 102 Ziffer 8 der Bundesverfassung nicht berührt seien?

2. Der Verwaltungsratspräsident der Pilatus Flugzeugwerke erklärt nun selber, dass auch die vom Bundesrat verlangten technischen Modifikationen eine nachträgliche Bewaffnung der PC-7 nicht ausschliessen. Laut neuesten Enthüllungen konzipierte das Stanser Werk den PC-7 von Anfang an für Kampfeinsätze und führte schon zwei Jahre vor der Zulassung (1976) in der französischen Rüstungsfirma Matra Bewaffnungsstudien durch. Glaubt der Bundesrat tatsächlich noch im Ernst, bei den PC-7, welche ja direkt an die südafrikanische Armee geliefert werden sollen, handle es sich um zivile Flugzeuge?

3. Die Schweizer Hilfswerke haben dagegen protestiert, dass die Pilatus Flugzeugwerke die Finanzierung der Lieferung der PC-7 durch die Exportrisikogarantie beantragt haben. Teilt der Bundesrat die Auffassung, dass das völkerrechtswidrige Geschäft nicht noch staatlich gefördert und finanziert werden darf?

4. Ebenso ist bekannt geworden, dass in den achtziger Jahren völkerrechtswidrig Militärpiloten zwischen der Schweiz und Südafrika ausgetauscht wurden. Wie beurteilt der Bundesrat diesen Austausch unter dem Gesichtspunkt des Völkerrechts, des Neutralitätsrechts und der Menschenrechte? Wer trägt dafür die Verantwortung? Mit welchen Konsequenzen?

5. Wer war in der EMD-Hierarchie über den Militärpilotaustausch informiert? Wann erhielt der Vorsteher des EMD, wann der Bundesrat davon Kenntnis? Wurde die PUK EMD darüber ins Bild gesetzt? Wenn nein, weshalb nicht?

6. Gab und gibt es eine militärisch-geheimdienstliche Kooperation mit Südafrika über den Militärpilotaustausch hinaus? Wenn ja, inwiefern? Ist diese je auf ihre Vereinbarkeit mit dem Völkerrecht, den Menschenrechten und den Interessen der Schweiz überprüft worden?

7. Welchen Zwecken diene der Südafrikabesuch von EMD-Generalsekretär Ernst im Jahre 1988 konkret? Welchen der Südafrika-Aufenthalt des UNA-Beamten Rolf Bandlin? Welches war konkret die Rolle des heutigen UNA-Chefs Peter Regli?

8. Welche Rolle spielten und spielen die umstrittenen Geheimschutzabkommen im Falle Südafrika? Inwiefern ist den in der Folge der PUK EMD beschlossenen Empfehlungen nachgelebt worden? Existiert der spezielle Nachrichtendienst der Fliegertruppen noch immer? Weshalb?



Antwort des Bundesrates vom 1. Juni 1993

1./2. Der Bundesrat sieht sich nicht veranlasst, das Uno-Embargo gegenüber Südafrika anders auszulegen als bisher. Er ist nach wie vor der Ansicht, dass die Schweiz durch das Uno-Embargo rechtlich nicht gebunden ist. Dennoch hat die Schweiz aus Gründen der Solidarität die vom Sicherheitsrat beschlossenen Wirtschaftssanktionen – wie zum Beispiel im Falle des Golfkrieges – in autonomer Weise angewandt. Auch verbietet die Schweiz seit 1963 die Waffenausfuhr nach Südafrika. Der Bundesrat geht davon aus, dass das Embargo nicht sämtliche Flugzeugarten erfasst, sondern sich auf militärisch konzipierte Apparate bezieht. Daher besteht ein Ermessensspielraum darüber, ob unbewaffnete Trainingsflugzeuge des Typs Pilatus PC-7 unter das Embargo fallen oder nicht.

Für den Bundesrat ist ausschlaggebend, dass an den Flugzeugen die technischen Änderungen vorgenommen werden, die eine nachträgliche Bewaffnung verhindern. Dabei geht es darum, die entsprechenden baulichen Elemente des PC-7 derart zu modifizieren, dass eine nachträgliche Bewaffnung mit vernünftigem Aufwand nicht mehr zu realisieren ist. Unter zusätzlicher Berücksichtigung der Zusage des südafrikanischen Verteidigungsministers, keine nachträgliche Bewaffnung vornehmen zu lassen, erachtet der Bundesrat daher ein Verbot der fraglichen Lieferung – sofern die verlangten Auflagen erfüllt werden – nicht als geboten.

3. Grundsätzlich gilt für die Rechtswirksamkeit von Exportrisikogarantien die Voraussetzung, dass die Ausfuhr der Güter und Dienstleistungen, die der Garantie zugrunde liegen, mit der schweizerischen Rechtsordnung zu vereinbaren ist. Bei Gütern, welche einer Bewilligungspflicht unterliegen, muss die Ausfuhrbewilligung vorliegen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt und führen die risiko- und beschäftigungspolitischen Abwägungen zu einer insgesamt positiven Schlussfolgerung, können die zuständigen Stellen die Gewährung einer Garantie in Betracht ziehen. Der Bundesrat wird bei der Beurteilung eines Garantiesuches für diese Lieferungen sämtliche für einen Entscheid massgebenden Ueberlegungen mit berücksichtigen und in eine Gesamtabwägung einbeziehen.

4. Im Lichte der damaligen sicherheitspolitischen Lage war der Erfahrungsaustausch zwischen schweizerischen und südafrikanischen Piloten militärisch gerechtfertigt. Er entsprach einem echten Bedürfnis unserer Flugwaffe und eröffnete die Möglichkeit, in einem kriegserfahrenen Land überlebenswichtige Lehren für die Luftkriegstaktik zu ziehen. Damit hätten in einem Ernstfall Bevölkerung und Piloten besser geschützt werden können.

Die Kontakte waren nicht völkerrechtswidrig. Sie gaben auch zu keinen neutralitätsrechtlichen Bedenken Anlass. Die Verantwortung für die Kontakte lag bei den jeweiligen Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen. Es gibt keine personellen Konsequenzen zu ziehen.

5. Soweit rekonstruierbar, sind die damaligen politischen Vorgesetzten über die fraglichen Kontakte nicht orientiert worden. Der Bundesrat vertritt die Auffassung, dass die Bedeutung dieser Kontakte einen Einbezug der politischen Behörde in die Entscheidungsfindung erfordert hätte.

Da es sich um einen normalen Erfahrungsaustausch handelte, wie er auch mit anderen Flugwaffen gepflegt wird, bestand keine Veranlassung, die PUK EMD damit zu konfrontieren.

6. Ueber Kontakte zwischen Nachrichtendiensten erteilt der Bundesrat keine Auskunft. Nicht zuletzt der Quellenschutz ist hier oberstes Gebot und darf im Interesse unseres Landes unter keinen Umständen verletzt werden. Die Arbeit unseres Nachrichtendienstes wird durch die Geschäftsprüfungsdelegation beider Räte regelmässig überprüft.

7. Die private und selbstfinanzierte Ferienreise des Ehepaars Ernst, für die weder eine Bewilligungs- noch eine Meldepflicht bestand, war mit keinerlei offiziellen oder offiziösen Aufträgen verbunden. Dies hat der Bundesrat bereits in seiner Antwort auf die Interpellation Braunschweig vom 1. Februar 1989 festgehalten.

Oberst i GSt R. Bandlin (zuletzt Chef des Militärprotokolls) hat Südafrika im Rahmen einer privaten Ferienreise besucht.

Der heutige Chef der UNA, Divisionär P. Regli, war von 1982

bis 1988 Chef des Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienstes. In dieser Funktion stellte er auch die Kontakte zu ausländischen Flugwaffen her (zum Teil über die in Bern akkreditierten Verteidigungsattachés) und organisierte – im Auftrag der jeweiligen Kommandanten der Flieger- und Fliegerabwehrtruppen – auch Erfahrungsaustausche wie den zur Diskussion stehenden.

8. Ueber die Identität der Staaten, mit denen Geheimchutzabkommen existieren, erteilt der Bundesrat nicht öffentlich Auskunft. Die Liste dieser Staaten ist den zuständigen parlamentarischen Kontrollinstanzen bekannt. Die auf unterer Stufe abgeschlossenen Geheimchutzabkommen befinden sich gemäss Motion 4 der PUK EMD in Revision.

Mit Geheimchutzabkommen verpflichten sich Staaten im Zusammenhang mit Rüstungsgeschäften gegenseitig, fremde Geheimnisse wie die eigenen zu schützen. Geheimchutzabkommen bilden nicht Grundlage für Pilotenaustausche oder für nachrichtendienstliche Aktionen.

Der Flieger- und Fliegerabwehr-Nachrichtendienst existiert nach wie vor. Seine Integration in den ordentlichen Nachrichtendienst wird im Rahmen des Projekts «EMD 95» geprüft.

93.1007

**Einfache Anfrage Gardiol
Grundbuchvermessung.
Hilfe an Oststaaten**

**Question ordinaire Gardiol
Mensurations cadastrales.
Aide aux pays de l'Est**

Texte de la question ordinaire du 11 mars 1993

La République de Biélorussie est confrontée, comme de nombreuses autres républiques de l'ex-URSS, à de réels problèmes de mensuration cadastrale afin de créer un cadastre juridique qui devrait faciliter le passage vers la privatisation. De plus, les questions de pollution du sol, de l'air et de l'environnement en général exigent un relevé cadastral moderne.

La Suisse a introduit une réforme de sa mensuration cadastrale au début 1993 dont les principes pourraient être utilisables ou adaptables à d'autres pays.

La Suisse a-t-elle des projets en vue de partager ses connaissances dans ce domaine avec les pays d'Europe de l'Est?

Un soutien financier est-il prévu sur le plan de la technique de mesures et sur celui des instruments de mesures?

Réponse du Conseil fédéral du 14 juin 1993

La privatisation (ou reprivatisation) de la propriété foncière est une condition essentielle à l'introduction d'une économie de marché fonctionnelle. Un cadastre foncier moderne et bien structuré en est le fondement. Ce cadastre peut également servir de support à la saisie de données environnementales (cadastre de l'environnement). L'établissement et la promotion d'un tel cadastre est une tâche exigeante des points de vue technique et organisationnel, à l'accomplissement de laquelle la Suisse peut participer de manière efficace (au niveau administratif et dans la production d'instruments).

La réforme de la mensuration officielle suisse, qui est entrée en vigueur le 1er janvier 1993, est un modèle intéressant dans le domaine cadastral pour les pays de l'Europe centrale et de l'Est. C'est la raison pour laquelle plusieurs pays ont déjà demandé à la Suisse de collaborer à la mise sur pied de leur cadastre. Il s'agit, d'une part, de connaissances juridiques et organisationnelles sur la tenue d'un cadastre de la propriété foncière et, d'autre part, de l'introduction de technologies modernes pour la saisie et la gestion des données (y compris la formation). Le traitement de ces projets tient compte des principes qui ont été fixés dans les messages au Parlement relatifs à l'attribution de crédits-cadres. L'important, entre autres, est de